



An Presseverteiler

Baltmannsweiler, 11.10.2009

Pressemitteilung 11.10.2009

O2 versucht Gemeinde übers Ohr zu hauen - Baltmannsweiler Bürger setzen sich zur Wehr

Nach jahrelangen ergebnislosen Verhandlungen mit der Gemeinde versuchte O2 am vergangenen Freitag gegen den Willen von Verwaltung und Bevölkerung einen Mobilfunksendemast im Wohngebiet zu stellen. Das ließen sich die Bürgerinnen und Bürger der Schurwaldgemeinde nicht gefallen und blockierten den LKW mit einem quergestellten Gabelstapler. Bürgermeister Martin König stoppte schließlich per Polizeirecht das Abladen des Masten.

Bürgerinnen und Bürger, Gemeinderäte und Bürgermeister stehen Schulter an Schulter. Sie sind sich einig: In der Gemeinde Baltmannsweiler soll es keine weiteren Mobilfunksendeanlagen geben. Die Bevölkerung ist durch die Anlagen in Hohengehren, am Weißen Stein (Plochingen) und in Lichtenwald mehr als genug mobil versorgt und auch bestrahlt.

Die Mobilfunkfirma O2 sucht seit Jahren einen Standort für eine weitere Sendeanlage in Baltmannsweiler. Bürger und Gemeinde sind sich jedoch einig, dass der Handy-Empfang ausreichend ist und im Gemeindegebiet keine weiteren Sendeanlagen nötig sind.

Dies ging einige Jahre gut. Doch nun fand O2 in der Telekom eine Verbündete, und es kam zu einem Mietvertrag über ein Grundstück der Telekom - mitten in einem Wohngebiet von Baltmannsweiler. Dort will O2 nun eine Sendeanlage errichten, gegen den Willen der Dorfbevölkerung. Gesprächen mit der Gemeinde ging O2 aus dem Weg und versuchte stattdessen in einer Nacht- und Nebelaktion den Sendemast 'mal schnell aufzustellen'. Mit dem starken Willen und der unbändigen Einsatzfreude der Baltmannsweiler Bürger hatten sie allerdings nicht gerechnet.

Bei Nacht und Nebel

Anwohner beobachteten in der Nacht zum 9. Oktober, dass in dem Gebäude der Telekom in der Zinkstraße 41 - dem geplanten Standort - Arbeiten verrichtet wurden. Mehrere Männer, die in unauffälligen Fahrzeugen ohne Firmenaufdruck gekommen waren, gingen ein und aus. Sie hantierten mit Kabeln und kamen am anderen Morgen aus der Tür des Hauses. Auf Fragen der Nachbarschaft hieß es zunächst, es hätte ein Schloss repariert werden müssen. Später behaupteten die Männer, eine Batterie hätte gewechselt werden müssen. Fakt ist: Es war abends jemand im Haus und am frühen Freitagmorgen wurde das Haus verlassen.

Dies machte die Anwohner hellhörig und sie benachrichtigten den Bürgermeister, der umgehend bei O2 nachhakte. Er bekam die telefonische Auskunft, dass O2 nichts von nächtlichen Arbeiten wisse und dass es sich vermutlich um Wartungsarbeiten der Telekom handle.

Mit Einsatz und Gabelstapler

Um 11:00 Uhr hatte O2 angeblich noch nichts von den nächtlichen Arbeiten gewusst, um 14:30 Uhr fuhr ein LKW mit bereits montiertem Sendemast in die Straße ein, so dass er nur noch hätte aufgestellt werden müssen. Den Aufbau des Masten hatte man bereits auf einem Waldparkplatz bewerkstelligt, angeblich weil vor Ort nicht genügend Platz sei. Wäre es vielleicht möglich, dass damit die Bevölkerung nichts mitbekommen sollte? Nebenbei erwähnt: Der LKW hätte so gar nicht fahren dürfen, weil er eine erhebliche Gefahr für die Bevölkerung darstellte. Er war zu hoch, zu breit, die Ladung war nicht ausreichend gesichert



und er hätte als Schwertransport nur unter Polizeischutz fahren dürfen. Auch wurde die Strasse nicht vorschriftsgemäß abgesperrt.

Nur das entschlossene und blitzschnelle Eingreifen von Bürgern aus der Nachbarschaft konnte verhindern, dass der Sendemast ruckzuck aufgestellt wurde. Ein beherzter Bürger fuhr mit dem Gabelstapler vor und blockierte den LKW so, dass ein Abladen unmöglich wurde. Innerhalb kürzester Zeit versammelten sich zirka 100 Menschen um das Geschehen. Die Polizei fuhr mit mehreren Streifen vor und auch der Bürgermeister war gleich zur Stelle. Nach stundenlangem Verhandeln mit dem zuständigen Herrn der DFMG, die den Mast stellen sollte, und O2 (telefonisch - die Herrschaften sind nicht vor Ort gekommen), die sich nicht verhandlungsbereit zeigten, beschloss der Bürgermeister in seiner Funktion als oberste Polizeiinstanz der Gemeinde, der Posse ein Ende zu bereiten und ein Abladen zu verbieten, da ein Aufrechterhalten der öffentlichen Ordnung nicht gewährleistet sei. Unter Beifall aus der Menge verließ der LKW den Platz, diesmal mit polizeilichem Geleit.

Der Tag danach

Vergangenen Samstag versammelten sich daraufhin etwa 400 Menschen aus der Gemeinde bei strömendem Regen, um gegen diese Aktion zu demonstrieren. „Wir wollen das nicht“ und „so geht man mit uns nicht um“ ist die einhellige Meinung. An einem Infostand der Initiative Gesunder Schurwald und des Mobilfunk Bürgerforum e.V. konnten die Demonstrierenden sich über den Stand der Technik, politische und rechtliche Fakten und gesundheitliche Risiken informieren.

Der Bürgermeister und zwei Redner aus der Initiative berichteten über den Hergang sowie über die rechtliche Situation. Jeder Privatmann braucht für ein kleines Dachfenster eine Genehmigung, wohingegen eine Mobilfunksendeanlage bis zu einer Höhe von 10 m (nur der Dachaufbau, ohne Gebäude) genehmigungsfrei ist. Strafbar nach dem Tatbestand der Nötigung machten sich also die Menschen, die den Aufbau verhinderten, und nicht diejenigen, welche die Bevölkerung gefährden, indem sie Sendemasten aufstellen.

Bürgermeister König: "Solche Sendeanlagen werden vom Gesetzgeber als unbedenklich eingestuft, daher ist unsere Lage sehr schwierig." Er führte zudem aus, dass es keine rechtliche Handhabe gegen die Betreiber gibt und dass nur durch massiven Druck aus der Bevölkerung vielleicht etwas erreicht werden kann. Wie viele der Bürger wunderte auch er sich über die Vorgehensweisen der Mobilfunkbetreiber: "Ich bin enttäuscht darüber, dass hier hinterrücks mit der Brechstange vorgegangen wird", so König in seiner Ansprache.

Die Redner der Initiative baten die Bevölkerung darum, weiter am Ball zu bleiben und bereit für neue Aktionen zu sein. Außerdem forderten sie die Anwesenden dazu auf, ihre Gewohnheiten zu überprüfen. Durch Reduzierung der Nachfrage könne der Bedarf an Basisstationen reduziert werden, was zusätzliche Sendeanlagen unnötig machen könnte.

Nach Auffassung der Initiative wurden bei der Gesetzgebung - vor allem was die Grenzwerte betrifft - Gesundheitsgefährdungen billigend in Kauf genommen. Hier bestehe dringender Nachholbedarf. Solange die Unbedenklichkeit der Technologie nicht erwiesen ist, widersprechen diese Gesetze in den Augen der Initiative dem Grundgesetz Artikel 2, wonach jeder Mensch ein Recht auf Leben, Gesundheit und körperliche Unversehrtheit hat.

Wie geht es weiter?

Am kommenden Dienstag wird Bürgermeister Martin König ein Gespräch mit O2 führen, bei dem O2 ihm die Gründe für die Notwendigkeit dieser Anlage demonstrieren will. Warum O2 weder einen Anwohner noch einen Vertreter der Initiative bei dem Gespräch dabei haben will, ist den Bürgern nicht verständlich und fördert ihr Vertrauen nicht.

Die Bevölkerung wird den Aufbau der Sendeanlage nicht hinnehmen. O2, aber auch die Telekom als Vermieterin, müssen mit Klagen aus der Nachbarschaft bezüglich versuchter Körperverletzung, Gefährdung, aber auch wegen Wertminderung der Grundstücke rechnen und mit weiteren öffentlichen Aktionen der Bürgerinnen und Bürger, die ihrem Image in der Öffentlichkeit nicht förderlich sein werden. Außerdem überlegen sich viele Bürger der Gemeinde, ihre Verträge mit O2 zu kündigen, sollten diese ihr Geschäftsgebaren in dieser Form aufrechterhalten.

Lesen Sie auch den Artikel in der Esslinger Zeitung vom 10.10.2009:

<http://ez-online.de/lokal/esslingen/kreisesslingen/Artikel476643.cfm>